

IWH-Pressemitteilung 42/2013

Halle (Saale), den 16. Dezember 2013



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Ein entscheidendes Jahr für die Banken

Die akute Phase der Finanzkrise scheint überwunden. Doch viele Banken sind noch durch Altkredite belastet, deren tatsächlicher Wert unsicher ist. Für Claudia Buch, Präsidentin des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), besteht die entscheidende Aufgabe des kommenden Jahres darin, Umfang und Abschreibungsbedarf dieser notleidenden Kredite umfassend zu erheben und dabei offenbarte Kapitallücken zu schließen. Gelingt den Banken dies nicht aus eigener Kraft, sieht sie die Mitgliedstaaten in der Verantwortung. Nur wenn der Bankensektor zuvor von seinen Altlasten befreit wird, so Claudia Buch in ihrem Kommentar, kann die europäische Bankenunion im Jahr 2015 glaubwürdig starten.

Auf den europäischen Finanzmärkten ist eine gewisse Ruhe eingetreten. Seit die Europäische Zentralbank im vergangenen Jahr bekannt gegeben hat, den Zusammenhalt des Euroraums zu sichern, und seit Pläne zur Umsetzung einer Bankenunion Kontur gewonnen haben, sind Gefahren für die Finanzstabilität weniger prominent in den Schlagzeilen. Doch die Ruhe trägt.

Denn mehrere Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise trägt der europäische Bankensektor immer noch schwer an den Lasten der Vergangenheit. Viele europäische Banken sind zu schwach kapitalisiert, um größere Schocks abfedern zu können. Es besteht eine hohe Unsicherheit über den Wert der Kredite, die Banken vergeben haben – die Marktbewertungen der europäischen Banken liegen in den meisten Ländern unter den Buchwerten. Eigentlich müssten Banken, die kein nachhaltiges Geschäftsmodell mehr haben, aus dem Markt ausscheiden. Aber gerade im Bankensektor sind Insolvenzen selten, da Marktaustritte von Banken die Stabilität des Finanzsystems gefährden können.

In einem einheitlichen Währungsraum kann diese Herausforderung nur gemeinsam gemeistert werden – aus diesen Gründen ist die gemeinsame Bankenunion beschlossen worden. Die rechtlichen Voraussetzungen für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus unter dem Dach der Europäischen Zentralbank sind nunmehr vorhanden. Ein einheitlicher Mechanismus zur Abwicklung und Restrukturierung von Banken ist in Planung.

Vor der Bankenunion steht allerdings noch eine gründliche Neubewertung der Bankbilanzen an. Eine „Asset Quality Review“ soll Aufschluss darüber geben, wie hoch die Belastungen der Banken mit Altkrediten noch sind und wie hoch der Abschreibungsbedarf ist. Reicht das Kapital der Banken nicht aus und können die Banken kein neues Kapital über den Markt aufbringen, sind zunächst die nationalen Regierungen gefordert. Auftretende Kapitallücken sollten die Mitgliedstaaten in fiskalischer Eigenverantwortung schließen. Sind einzelne Staaten damit finanziell überfordert, ist ein Rückgriff auf die Mittel des Europäischen Stabilitätsmechanismus möglich, allerdings nur unter Haftung des betreffenden Staates. Durch die Beteiligung der Gläubiger an Verlusten sollten die Belastungen für den Steuerzahler zudem reduziert werden.

Diese Entscheidungen müssen im Laufe des kommenden Jahres gefällt werden. Denn danach soll die EZB offiziell die Bankenaufsicht übernehmen. Damit die Bankenunion glaubwürdig starten kann, ist also die nationale Politik gefragt – und das

Sperrfrist:

16. Dez. 2013,
16:00 Uhr

Pressekontakt:

Stefanie Orphal
Telefon:
+ 49 345 7753 720
E-Mail:
presse@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium
(**BMWi**), Bundesministerium
der Finanzen (**BMF**)

Wissenschaftliche

Schlagwörter:

Bankenunion, einheitliche
Bankenaufsicht,
Europäische Zentralbank,
Asset Quality Review,
Europäischer
Stabilitätsmechanismus

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60
Fax: +49 345 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

betrifft nicht nur die Regierungen in den Krisenländern, sondern auch die deutsche Wirtschaftspolitik.

Weiterführende Informationen:

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: [Finanzmarkt: Deutschland auf dem Weg in die Europäische Bankenunion](#), 5. Kapitel des Jahresgutachtens 2013/14 „Gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik“, Wiesbaden 2013, 208-247.

Pressekontakt:

Stefanie Orphal

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: presse@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.